

**Niedersächsische Staatskanzlei**

Herrn Ministerpräsident Stephan Weil  
Planckstraße 2  
30169 Hannover

**Bitte bringen Sie den Minister zur Vernunft!**

Sellstedt, 22.05.2015

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,

wir wenden uns heute als Vertreter der vereinten Niedersächsischen Bürgerinitiativen, welche sich im Namen tausender Bürger gegen das Vorgehen des Landesumweltministers Wenzel beim Ausbau der Windenergie aussprechen, an Sie. Die Zustände im Land und im betreffenden Resort sind nicht hinnehmbar und erzeugen Hilflosigkeit. Mit jedem neuen Windrad im Land schwindet die Akzeptanz und es mehren sich Probleme. Immer wieder wird Bauanträgen durch Gefälligkeitsgutachten und Lobbyarbeit – entgegen rechtsstaatlicher Grundsätze – zugestimmt, so entsteht Politikverdrossenheit.

Der Minister gesteht ein, dass es bereits „...keine konfliktfreien Flächen“ mehr gibt. Wenn dem so ist, weshalb wird dann der Zubau forciert? Die Überfrachtung der Landschaft und die damit einhergehende Gefährdung der Tierwelt und Zerstörung des Erholungswertes können nicht mehr hingenommen werden. Vor dem Hintergrund, dass in Niedersachsen mit Abstand die meisten Windenergieanlagen (WEA) stehen – davon 98(!) in Landschaftsschutzgebieten – ist der Windenergieerlass des Ministers unzumutbar. Wird er in der Form – ohne Höhenbegrenzung und nur 2facher Anlagenhöhe als Abstand zur Wohnbebauung – verabschiedet, wird es bald keinen Fleck im Land mehr geben, in dem nicht im Sichtbereich von 5 km ein Windrad steht. WEA verscheuchen Vögel von Brut- und Rastplätzen. Sie töten in der Republik alljährlich ca. 250.000 Fledermäuse, mehrere 100.000 Vögel (Aasfresser verhindern genaue Angaben) und unzählige Insekten, die von den WEA angezogen werden, Vögel und Fledermäuse folgen ihnen ins Verderben. Der Dachverband Deutscher Avifaunisten nennt es einen Amoklauf gegen die Natur. Der aktuelle Artenschutzbericht unterstreicht die Notwendigkeit von Maßnahmen für mehr Artenschutz. Wer demnach am Dollart Vogelschutzgebiete für WEA freigibt, hat den umweltpolitischen Offenbarungseid geleistet!

Es ist Zeit, innezuhalten und die Sinnhaftigkeit zu hinterfragen. Erst recht, seit mit Hermann Albers selbst der Cheflobbyist bekennt, dass es auf unabsehbare Zeit weder bezahlbare Speicher noch rechtssichere Trassen geben wird. Die Subventionspolitik des EEG hat bereits fest vereinbarte Kosten von 420 Mrd. € aufgeworfen, laut Expertenkommission Forschung und Innovation aber keine echten Innovationen hervorgebracht. Der vom Bürger teuer subventionierte Windstrom muss daher – oft gegen Aufpreis – in großen Mengen im Ausland entsorgt werden. Das Kartenhaus „Energiewende“ bricht nur deswegen nicht zusammen, weil kein anderes Europäisches Land diesen Irrweg mitgeht. Und selbst wenn dieses Problem gelöst wäre, mehr Anlagen bringen nicht mehr Strom, da es häufig sogar Europaweite Windflauten gibt, oder aber die WEA bei Starkwind wegen Netzüberlastungen abgeschaltet werden. So stieg laut Fraunhofer Institut 2014 im Bund die installierte Nennleistung um ca. 14% (mehr als politisch gewollt!), dennoch ging die Einspeisung zurück, onshore von 50,8 auf 50,1 TWh, total von 51,7 auf 51,4 TWh. Wofür in Gottes Namen will der Minister bei diesem Ergebnis noch mehr Anlagen zulassen?

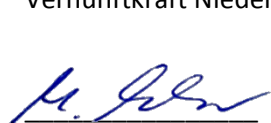
Verehrter Herr Ministerpräsident, dass Sie als Sozialdemokrat im Weserkurier von einer „Enteignung der arg gebeutelten Windenergiebranche“ sprechen, verwundert uns. Einer der reichsten Niedersachsen verdient sein Geld mit WEA – und blockiert die Arbeitnehmervertretung in seinen Betrieben. Ist das der neue Kurs der SPD? Auf einem Bürgerforum haben wir darauf hingewiesen, dass es die Bevölkerung ist, die durch WEA mit Wertverlusten von ca. 30% der Immobilien, ihrer hart erarbeiteten Altersversorgung, rechnen muss, wenn nicht gar Unverkäuflichkeit droht. Sie haben zugesagt, sich des Themas anzunehmen, wir dürfen Sie heute freundlich daran erinnern.

Verantwortungslos ist die Aussage des Ministers, dass durch WEA keine Gesundheitsgefährdung durch Infraschall gegeben ist, da dieser unter der Wahrnehmungsschwelle läge. Dies ist eine Lüge, oder will er ernsthaft behaupten, dass nur schädlich sei, was wahrnehmbar oder hörbar ist? Sind Röntgenstrahlen unbedenklich, weil man sie nicht hört? Selbst das Robert-Koch-Institut und unlängst auch der Deutsche Ärztetag bescheinigen dringenden Forschungsbedarf, da bereits über zwanzig Studien weltweit zeigen, dass WEA Infraschall freisetzen und dieser sehr wohl als gesundheitsschädlich einzustufen ist. Das Arbeitsrecht verbietet Schwangeren die Arbeit an und mit niederfrequent strahlenden Geräten, da das Risiko von Früh- und Fehlgeburten steigt. Niedersachsen ist das Land der Pferde, wissen die Züchter davon? Hier werden wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert. In fast allen Ländern, in denen Studien publiziert wurden, sind Abstände zu Wohnbebauung von mind. 2 km vorgesehen. Ihr Minister empfiehlt nur ein Fünftel. Haben wir Niedersachsen keinen umfassenden Schutz verdient? Die zur Schallbewertung eingesetzte „TA Lärm“ ist zwanzig Jahre alt, ergo bei der aktuellen Anlagen nicht sachgerecht und misst den Frequenzbereich des Infraschall gar nicht! Ist das wissenschaftlich? Es gibt genug Beispiele für die Begünstigung finanzieller Partikularinteressen zu Lasten der menschlichen Gesundheit, Asbest ist nur eines. Von den ersten Erkenntnissen bis zum Verbot zogen über 50 Jahre ins Land! Wer die Überarbeitung der TA Lärm und die in Dänemark laufenden Forschungen zum Krebsrisiko von Infraschall nicht abwarten will, zeigt seine unsoziale Haltung. Das menschliche Wohl steht über dem Ausbaziel des Ministers! Halten Sie ihn an, sein Vorgehen zu überdenken.

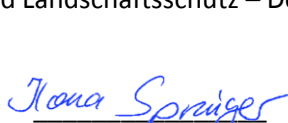
Der Minister fordert zudem in letzter Konsequenz die Kommunen auf, vom Land definierte Flächen auszuweisen, die aber nur auf Landkreisebene beschrieben sind. Er überlässt die Kärnnerarbeit den meist von SPD oder CDU geführten Kommunen. Politisch ein kluger Schachzug, werden dann doch SPD und CDU dafür abgestraft, während die Grünen Wähler das Vorgehen goutieren. Den finanziell oft schwachen Kommunen entgleitet durch die Abstands- und Flächenempfehlung die Planungshoheit. Die Aussage, der Erlass stärke sie, ist ein Schlag ins Gesicht der meist ehrenamtlichen Kommunalpolitiker. Schutzansprüche von Mensch und Natur geraten unter dem Druck des Erlasses und der Investoren wahrhaft unter die Räder. Der Erlass wurde, auch das bestätigt der Minister, von beratenden Verbänden mit formuliert, die Federführung von Enercon & Co. ist deutlich erkennbar. Hierzu sei erwähnt, dass das VG Würzburg und das OVG Rheinland-Pfalz Genehmigungen für Windparks kippten, weil seinerzeit befangene Gutachter und Politiker mitentschieden haben. Das Amtszimmer des Ministers gleicht einer Dependance der Windlobby, seit das beratende Gremium zu über 75% von eben dieser besetzt ist. So bleiben Rechtssicherheit, Glaubwürdigkeit und Objektivität auf der Strecke.


Wer trotz alledem den Ausbau von WEA ungebremst vorantreibt, sollte den Bürgern dieses Landes laut und deutlich sagen, warum ihre Gesundheit dem Festhalten an Ideologien nachsteht. Wir fordern die Aussetzung des Windenergieerlasses und den sofortigen Stopp des Baus von WEA, solange nicht durch weitere Studien einwandfrei geklärt ist, welche Risiken von diesen überdimensionalen Industrieanlagen tatsächlich ausgehen. Dänemark, Pionier der Windenergie, bekennt sich mittlerweile zum Schutz der Bevölkerung und schränkt den Zubau von WEA deutlich ein. Beweisen Sie Größe und Gespür eines echten Landesvaters! Tragen Sie Sorge für den Schutz der Artenvielfalt, des landschaftlichen Erholungswerts und der Gesundheit der Niedersächsischen Bevölkerung, wir vertrauen auf Sie!

Vernunftkraft Niedersachsen - Landesverband Landschaftsschutz – Der Vorstand

  
Matthias Elsner,  
26188 Edewecht

  
Christian Gresens,  
21769 Lamstedt

  
Ilona Springer,  
37319 Barterode

  
Harald Frauenknecht,  
26759 Hinte